

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Kein Selbstbehalt, aber Einführung der Krankenscheingebühr

Die Kosten für das Gesundheitswesen sollen beschränkt werden – Keine Beteiligung der Patienten an den Kosten

(G.M.) – Von Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist schon seit vielen Jahren in regelmässigen Abständen die Rede, vor allem immer dann, wenn die Zuwachsraten für die staatlichen Beiträge an die Krankenkassen im Budget oder in den Nachtragskrediten aufscheinen. Vor Jahren prägte der damals für das Gesundheits- und Sozialwesen zuständige VU-Regierungsrat den legendären Satz, man habe – ohne konkret etwas zu unternehmen – die Sache in den Griff bekommen. Die in der Zwischenzeit veröffentlichten Zahlen lassen allerdings erkennen, dass dieser Griff nicht dazu angetan war, die Kurve der Kosten auf ihrem offenbar unaufhaltsamen, steilen Weg nach oben in den Griff zu bekommen. Auch die vom Landtag eingeführte Krankenscheingebühr muss zuerst beweisen, ob sie zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beiträgt. Die Erwartungen zumindest scheinen bei den zuständigen Gremien recht hoch zu sein.

Ein Blick zurück in die nicht allzu fern zurückliegende Vergangenheit verdeutlicht, wie sich die Kosten für das Gesundheitswesen beinahe explosionsartig ausgeweitet haben. Als das Gesetz über die Krankenversicherung am 1. Januar 1972 mit der Aufhebung der Krankenscheingebühr in Kraft trat, beliefen sich die Aufwendungen der Krankenkassen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf 6,4 Mio. Fr. Im Jahre 1986 hatten die

Krankenkassen für die gesetzlichen Pflegeleistungen, die in der Zwischenzeit um die Übernahme von Krankentransporten und präventiv-medizinischen Untersuchungen erweitert worden waren, bereits 28,3 Mio. Fr. zu erbringen. Die Steigerungsrate betrug in diesen knapp anderthalb Jahrzehnten immerhin 344 Prozent – und nun stiegen die Beitragsleistungen des Staates an die Krankenkassen, wie aus dem Nachtragskredit hervorgeht, 1987 erneut um 15 Prozent an.

Stark erhöhte Zuwachsraten

Die Regierung machte in ihrem Bericht an den Landtag noch eine andere Rechnung auf: Die Aufwendungen der Krankenkassen hat in der Periode 1976 bis 1986 stärker zugenommen als die Teuerung. Während die Lebenshaltungskosten sich in diesen zehn Jahren um 37 Prozent erhöhte, steigerten sich die Arztkosten real um 112,9 Prozent, die Arzneikosten um 140 Prozent und die Heilanstaltkosten um 188,3 Prozent. Die Tatsache der ständig aufwärtsstrebenden Steigerungsraten sind schon seit Jahren bekannt und sowohl im Landtag wie in der Regierung erörtert worden. Vor rund vier Jahren legte die Regierung ein 14-Punkte-Programm vor, das «Massnahmen zur Begrenzung der Kosten im Krankenversicherungswesen» vorsieht. Einer dieser Punkte lautete: «Die Krankenkassen werden verpflichtet, eine Kostenbeteiligung der Versicherten in Form einer Kombination von Jahresfranchise und Selbstbehalt einzuführen». Gemäss diesen Vorstellungen wurde denn auch die Gesetzesvorlage zur Abänderung der Krankenversicherung mit einer Kostenbeteiligung durch die Kranken versehen. Unter den Erläuterungen der «Schwerpunkte der Gesetzesvorlage» formulierte die Regierung: «Für die Seite der Kostenverursacher bringt die Vorlage eine stärkere Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Behandlung, für die Konsumenten-seite eine Mittragung der Kosten durch die Einführung des obligatorischen Selbstbehaltens.»

sen werden verpflichtet, eine Kostenbeteiligung der Versicherten in Form einer Kombination von Jahresfranchise und Selbstbehalt einzuführen». Gemäss diesen Vorstellungen wurde denn auch die Gesetzesvorlage zur Abänderung der Krankenversicherung mit einer Kostenbeteiligung durch die Kranken versehen. Unter den Erläuterungen der «Schwerpunkte der Gesetzesvorlage» formulierte die Regierung: «Für die Seite der Kostenverursacher bringt die Vorlage eine stärkere Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Behandlung, für die Konsumenten-seite eine Mittragung der Kosten durch die Einführung des obligatorischen Selbstbehaltens.»

Nur noch Krankenkassengebühr

Im Landtag ergaben sich bereits während der ersten Lesung kritische Stimmen, die nicht zuletzt bezweifelten, ob eine kleine Kostenbeteiligung (von 10 Prozent – ausser für Kinder, AHV- und IV-Rentner, bei Vorsorgeuntersuchungen und Mutterschaft) wesentlich zur Kostensenkung im Gesundheitswesen beitragen werde. Die parlamentarische Kommission, die gegen die zahlreichen, teilweise wenig aussagekräftigen Einwände der VU-Fraktion gebildet wurde, nahm dann Abschied vom Selbstbehalt und führte die Krankenscheingebühr ein. Aber auch durch diese Massnahme bleiben die Zweifel bestehen, ob das Ziel der Kostendämpfung oder gar Kostensenkung erreicht werden kann. Ein erster Schritt mit der Einführung der Krankenscheingebühr, wie von der FBP-Fraktion schon vor einem Jahr gefordert, ist getan. Die Kranken werden nun ihren Beitrag, wenn auch im Einzelfall in einem geringen Masse, leisten. Nun wären Massnahmen gefordert, die sich auf die Stabilisierung oder Verminderung der Zuwachsraten bei den Arztkosten, den Arzneikosten und den Behandlungskosten in den Heilanstalten beziehen, denn diese wiesen in den letzten Jahren überdurchschnittliche Zuwachsraten auf.

KOMMENTAR

Bei all jenen, die mit den oft verschlungenen und nicht leicht einsehbaren Wegen parteipolitischer Gepflogenheiten wenig vertraut sind oder sich mehr um die sachliche Seite bei der Lösung von Problemen kümmern, dürfte nach der Landtagsdebatte über die künftige Medienpolitik im Bereich von Radio und Fernsehen eine gewisse Verunsicherung vorherrschen. Die VU, selbst in der Medienkommission seit 1983 prominent vertreten, liess mit erstaunlicher Hartnäckigkeit in den letzten Jahren kaum eine Gelegenheit aus, um nach dem Verbleib des versprochenen Medienkonzeptes zu fragen.

Doch nun, da einerseits die Regierung ihre Vorstellungen über die rechtlichen Vorkehrungen im Bereich von Radio und Fernsehen artikuliert, andererseits der Be-

Doppelbödiges Spiel

richt der Medienkommission zum Studium vorlag, ging offensichtlich das für die Öffentlichkeit vorher für Schau gestellte Interesse an der künftigen Gestaltung der Medienpolitik weitgehend verloren. Zumindest hat die VU-Fraktion im Landtag, die wohl nicht in eigener Regie handelte, innerhalb dieses Jahres zweimal erfolgreich mit ihrer Stimmenmehrheit verhindert, eindeutig Stellung zu beziehen und klare Entscheidungen fallen zu müssen.

Der VU-Vorschlag, Land und Gemeinden an der Trägerschaft für ein liechtensteinisches Radio und Fernsehen zu beteiligen, hat auf den ersten Blick etwas auf sich. Genauer besehen läuft dieser Vorschlag sachlich betrachtet auf ein Staatsradio hinaus, das in einer freien, pluralistischen Gesellschaft keinen Platz haben darf. Politisch gesehen gewann die VU, vor allem auch wegen der Verknüpfung von Radio- und Fernsehkonzeption, erneut Zeit, denn ihren Beratern dürfte wohl kaum verborgen geblieben sein, dass mit dem Verzicht auf die vorgesehene Versuchsphase und die Mitbeteiligung des Staates auch der Gesetzgeber aktiv werden muss.

Das doppelbödige Spiel der Union fordert auf der einen Seite möglichst rasche Entscheidungsunterlagen, bürdet aber immer neue Probleme auf die Vorschläge von Regierung und Medienkommission auf, so dass auf der anderen Seite die effektive Entscheidung auf spätere Zeitpunkte verschoben werden kann. Dabei legte sie bisher keine eigenen Vorschläge auf den Tisch, obwohl sie eigentlich die (Mehrheits)Verantwortung trägt. (G.M.)

Herzlich willkommen beim Seniorentreffen

Morgen Sonntag ab 14 Uhr gemütlicher Nachmittag in Mauren



Alle Seniorinnen und Senioren des Landes sind morgen Sonntag ab 14 Uhr herzlich eingeladen zum beliebten Seniorentreffen der FBP. Im Gemeindefaal von Mauren wird erneut ein gemütlicher Nachmittag mit einem Unterhaltungsprogramm sowie einem währschaften Zvieri geboten. Zudem bietet das Treffen natürlich ausreichend Gelegenheit für einen Schwatz mit alten Bekannten. Auf ein Wiedersehen morgen in Mauren freuen sich FBP, Frauen in der FBP und die Junge FBP!

Süssmuth Nachfolgerin von Philipp Jenninger

Bonn (spk/dpa) Die neue Präsidentin des Deutschen Bundestags heisst Rita Süssmuth (CDU). Die 51 Jahre alte bisherige Familienministerin habe sich am Freitag bereiterklärt, Nachfolgerin des vor einer Woche zurückgetretenen Philipp Jenninger zu werden, teilte der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rudolf Seiters, in Bonn mit.

Die Ministerin hatte in einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl ihre Zusage gegeben. Danach fand beim Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Alfred Dregger, eine weitere Unterredung statt, an welcher neben Seiters auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Wolfgang Böttch, und der Ehemann von Rita Süssmuth teilnahmen.

Keine Anzeichen für Zinserhöhungen

Washington (spk/dpa) US-Finanzminister Nicholas Brady sieht keinen Grund für die internationalen Finanzmärkte über Zinserhöhungen und Schwierigkeiten beim Abbau des Budgetdefizits besorgt zu sein. In einem Interview der TV-Gesellschaft NBC sagte Brady am Freitagmorgen, er sehe in den Wirtschaftsdaten nichts, «was darauf hindeuten würde, dass die Zinsen steigen werden».

Brady, der auch unter George Bush Finanzminister bleiben soll, bezeichnete die Zweifel an einem Abbau der Budgetdefizite als «übertriebene» und eine «übertriebene» Lagebeschreibung. Nach seiner Ansicht wird der Plan von Bush funktionieren, die Staatsausgaben nur um die Inflationsrate (flexibles Einfrieren) zu erhöhen und auf Wirtschaftswachstum zu setzen.

Für die mittelständischen Betriebe Zukunftschancen

Internationales Grenzsymposium Österreich-Schweiz-Deutschland-Liechtenstein in Dornbirn

(G.M.) – Für die kommenden Jahre bis zur Jahrtausendwende ist im Bodensee-Raum eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft zu erwarten. Diese Auffassung vertreten Fachleute am Internationalen Grenzsymposium Österreich-Schweiz-Deutschland-Liechtenstein am Donnerstag in Dornbirn, wobei sie vor allem den mittelständisch orientierten Unternehmen die besten Zukunftschancen einräumen. An der abschliessenden Podiumsdiskussion nahm – zusammen mit dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth und dem Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher – auch Dipl. Ing. Jürgen Hilti (Schaan) teil.

«Was technisch machbar ist, wird früher oder später auch gemacht», bemerkte Prof. Peter Leuthold von der ETH Zürich, und der Baden-Württembergische

Ministerpräsident Lothar Späth zeigte in seinem Referat «Technologie und Staat: Zukunftssicherung als politische Aufgabe im Rahmen der Marktwirtschaft» auf, wie den modernen Anforderungen mit gezielter staatlicher Hilfe und Förderung Genüge getan werden kann. Er regte an, prinzipiell auf Erhaltungssubventionen zu verzichten und stattdessen Mittel in Form von Zuschüssen für Umstellungsinvestitionen bereitzustellen. Der Staat sei für die Bewältigung der Zukunft mit einer offensiven Wirtschaftspolitik der Innovationsförderung gefordert, weil er sich nicht auf ein rein defensives Krisenmanagement via Subventionen und Sozialpolitik beschränken könne. Die neuen Techniken, die es zu fördern gelte, enthielten auch ein Potential für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität: Weniger Umweltbelastung, verbesserte Ressourcenschonung, reduzierter Energie- und Flächenverbrauch, erhöhte Produktionssicherheit, aber auch mehr Flexibilität und Kreativität an den Arbeitsplätzen.

Späth sprach sich vor allem für eine vermehrte Innovationspolitik aus, die nach seiner Auffassung subsidiären Charakter haben: «Der Staat kann dem strukturellen Wandel Impulse in die von ihm für richtig oder wünschenswert gehaltene Richtung geben, er kann ihn aber nicht

lenken. Die Hauptlast des Strukturwandels muss der Markt, müssen die Marktteilnehmer tragen.»

Der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher sprach sich für eine Weiterführung der Technologie- und Bildungsoffensive in seinem Bundesland aus, um den Anschluss an die Spitzentechnologie zu erreichen. In den Mittelpunkt stellte er die Förderung innovativer Neugründungen, die Verbesserungen von Startchancen für Jungunternehmen. Als besonders wichtig erachtet er, wie er sich ausdrückte, die Förderung des Geist-Kapitals, denn Neuerungen würden immer im Kopf beginnen.

Leiche identifiziert

(paf) – Die unbekannt weibliche Leiche, die am vergangenen Samstag südlich der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen aus dem Rhein geborgen worden war, konnte aufgrund der zahlreich eingegangenen Hinweise aus der Bevölkerung identifiziert werden. Die Verstorbenen stammte aus dem St. Galler Oberland. Die Todesursache konnte einwandfrei festgestellt werden; ein Verbrechen ist nach den durchgeführten polizeilichen Ermittlungen auszuschliessen.

US-Firma übernimmt Fluka AG

Ciba Geigy und Hoffmann-La Roche verkaufen Buchser Firma

Basel/Buchs (AP) Die seit 20 Jahren als Gemeinschaftsunternehmen der Basler Chemiekonzerne Ciba Geigy und Hoffmann-La Roche betriebene Fluka Chemie AG in Buchs (SG) ist an die amerikanische Sigma-Aldrich Corporation verkauft worden. Die Firma in Buchs soll auch nach der Übernahme weiterhin rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, wie Hoffmann-La Roche am Freitag in Basel mitteilte. Der Verkauf unterliegt noch der behördlichen Bewilligung. Über den Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht.

Die in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri ansässige Sigma-Aldrich beabsichtigt, die Fluka Chemie AG zu einem wichtigen Pfeiler ihrer weltweiten Operationen zu entwickeln, heisst es weiter. Die Buchser Firma gehörte seit 20 Jahren den beiden Basler Chemiekonzernen. Ihre Aktivitäten und Struktur hätten aber nur einen sehr entfernten Zusammenhang mit den Geschäftsstrategien von Ciba-Geigy und Roche aufgewiesen, so insbesondere im Schlüsselbereich des Verkaufs von Laborchemikalien.

Die Fluka Chemie AG entwickelt, produziert und verkauft Laborchemikalien sowie Spezialitäten, die in einem weiten Bereich der Forschung Anwendung finden. Die weltweite Vertriebe der FLU-

ka-Produkte erfolgt über ein Netz von regionalen Händlern und Niederlassungen in der Bundesrepublik, in Frankreich, in Grossbritannien und in den USA. Die Verkäufe beliefen sich im vergangenen Jahr auf 71 Millionen Franken.

Die Sigma-Aldrich entwickelt, produziert und verkauft ein breites Spektrum von Biochemikalien, organischen und anorganischen Chemikalien sowie verwandten Produkten. 1987 betrugen die Verkäufe der Firma umgerechnet 442 Millionen Franken. Die Gruppe beschäftigt weltweit über 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, rund 600 davon ausserhalb der USA.

Mehr Nutzen
weniger
Computer

Kompetente PC-Beratung
MTECOMP Aktiengesellschaft
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen
Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung

Sehen und gesehen werden

Federer Brillen Kontaktlinsen
Grünastrasse 1 · 9470 Buchs · Tel. 085/6 28 18